

II-3306 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 7. März 1974

No. 1634/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Eduard MOSER
und Genossen
an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz
betreffend Umweltschutz - Dokumentationszentrum

Unter Hinweis auf seine jahrelangen Bemühungen für den Natur- und Umweltschutz und auf die Ergebnisse des Europäischen Naturschutzjahres 1970 hat der Österreichische Naturschutzbund die Verpflichtung übernommen, als nationale Agentur des Europäischen Informationszentrums für Natur - und Umweltschutz in Straßburg zu fungieren und dafür seine seit 60 Jahren gesammelten Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Dazu erklärte die Frau Bundesminister Dr. Leodolter am Österreichischen Umweltschutztag am 25.6.1973 wörtlich:
"Koordinierung, Zweckforschung, Umweltmessung- und -überwachung, Erfassung von Rechtsquellen und Rechtsvergleich wären wenig sinnvoll, wenn sie nicht von einer Dokumentation gesammelt, geordnet und allen Beteiligten, Zuständigen und Interessierten zugänglich gemacht würden. Wir brauchen eine Dokumentation, vor allem in drei Datenkategorien, wie Rechtsdaten, Messdaten und fachlichem Schrifttum. Um daraus keinen aufgeblähten Staatsapparat zu machen, haben wir jene Stellen herangezogen, die von sich aus bereits derartiges unternehmen. Wir haben uns mit dem Österreichischen Naturschutzverband und dem Österreichischen Stadtforschungsinstitut dahingehend geeinigt, daß sie von uns Subventionen erhalten, daß sie aber in ihrer Gestaltung auf unsere Bedürfnisse Rücksicht nehmen und uns den Zugriff zu ihrem Datenmaterial jederzeit ermög-

lichen. Natürlich braucht ein solches Vorhaben eine Anlaufzeit."

Entgegen dieser Erklärung und verbindlicher Zusicherungen des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz wurde dem Österreichischen Naturschutzbund nunmehr mitgeteilt, daß die Arbeiten an der Umweltschutzdokumentation durch das Ministerium nicht mehr gefördert werden können, da angeblich in einem Rechnungshofbericht dies kritisiert wurde.

Die unterzeichneten Abgeordneten, denen bekannt ist, daß das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz vom Rechnungshof noch gar nicht geprüft wurde, richten angesichts der großen Bedeutung des Umweltschutzes und einer entsprechenden Dokumentation an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz folgende

A n f r a g e :

- 1) Mit welcher Begründung wird eine weitere Förderung des Österreichischen Naturschutzbundes für sein Umweltschutzdokumentationszentrum abgelehnt?
- 2) In welcher Form und mit welchen Mitteln soll nach Ansicht des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz die Tätigkeit der nationalen Agentur des Europarates beim Österreichischen Naturschutzbund weitergeführt werden?
- 3) Sind Sie bereit, dem Österreichischen Naturschutzbund die im guten Glauben an die Weiterführung der Arbeit getätigten Ausgaben von rund S 150 000,-- zu ersetzen?
- 4) Werden Sie im Sinne Ihrer zitierten Ausführungen am Österreichischen Umweltschutztag dafür sorgen, daß für die Herausgabe eines umfassenden Informationsdienstes (einschließlich Publikationen, Filmen und Bildern) in Österreich und für die mit Anfragen aus dem Ausland verbundenen Kosten im Sinne der Resolution Nr. 3 der Europäischen Umweltministerkonferenz in Wien die erforderlichen Mittel aufgebracht werden?